

EUROPÄISCHES PARLAMENT



**SONDERAUSGABE**

*DIREKTION PLANUNG  
DER PARLAMENTARISCHEN ARBEIT*

**EUROPÄISCHER RAT**  
**12. Dezember 2003**  
**Brüssel**

**REDEN DES PRÄSIDENTEN, HERRN PAT COX  
SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES**



07/S-2003

*Generaldirektion Präsidentschaft*

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2003)  
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2003)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\Bruxelles

**REDEN**



**REDE DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, PAT COX,****VOR DEM EUROPÄISCHEN RAT****BRÜSSEL, 12. DEZEMBER 2003**

Ich möchte heute dem italienischen Ratsvorsitz für seinen Erfolg beim Voranbringen einer Reihe wichtiger Fragen wie Wachstum, Grenzkontrollen, effektiver Multilateralismus gratulieren. Ich möchte ferner den vom Ratsvorsitz bewiesenen Führungsqualitäten sowohl auf politischer als auch auf diplomatischer Ebene, wo Botschafter Vattani eine führende Rolle gespielt hat, Respekt zollen. Bei Mitentscheidungs-dossiers sind viele Fortschritte zu verzeichnen. Eines möchte ich besonders hervorheben. In der kommenden Woche wird das Europäische Parlament über das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens in Sachen *Öko-Punkte* abstimmen, ein für einen Mitgliedstaat besonders wichtiges Anliegen. Wir im Europäischen Parlament werden darauf vorbereitet sein, unsere Verfahren im Bereich *Euro-Vignette* zu beschleunigen, sofern Sie im Rat auch bereit sind, das Tempo zu erhöhen.

**EUROPÄISCHE WACHSTUMSINITIATIVE**

Wie ich bereits bei unserem Zusammentreffen vor zwei Monaten erklärt habe, unterstützt das Europäische Parlament Maßnahmen zur Förderung des Wachstums, einschließlich Initiativen für Innovation und Forschung und Entwicklung, Transeuropäische Netze sowie das "Quick Start"-Programm.

Ich begrüße den Bericht der Task Force unter der Leitung von Wim Kok und hoffe, dass er die Mitgliedstaaten zu beschleunigten Reformen veranlassen wird. Manche glauben, dass es sich hier nur um einen in einer ganzen Reihe von "Alarm"-Berichten handelt, in denen die EU-Mitgliedstaaten auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden, dass sie die in Lissabon gesetzten Ziele nicht erfüllen könnten, und aufgefordert werden, die Kluft zwischen Rhetorik und Reform zu überbrücken. Der Bericht der Task Force tut dies alles, er enthält aber außerdem länderspezifische Botschaften - nicht nur in Form von Kritik, sondern auch von Lob.

Dieser Ansatz setzt langsame Reformer erneut unter Druck. Die Verbreitung bewährter Verfahren ermutigt auch zu Reformen in positiver Weise, indem bekräftigt wird, dass Reforminitiativen nicht ein Sprung ins Ungewisse sein müssen. Manche Mitgliedstaaten haben Erfahrungen gemacht, aus denen andere konstruktive Schlüsse ziehen können.

Ich hoffe, dass sich der Task Force-Bericht als nützlich erwiesen hat, wenn wir uns zur Bewertung der Fortschritte unter dem irischen Ratsvorsitz wieder treffen werden. Der vierte Jahrestag der Lissabon-Agenda rückt näher - es wäre gut, wenn wir ihn mit der Feststellung begehen könnten, dass echte und wesentliche Fortschritte erzielt wurden.

Es ist kein Geheimnis, dass es Schwierigkeiten mit der Lissabon-Agenda gibt - obwohl ich niemanden kenne, der nicht dafür ist. Jeder unterstützt sie, ich habe jedoch festgestellt, dass die Akteure dazu neigen, sich auf unterschiedliche Aspekte zu konzentrieren. Manche möchten die *dynamische Wettbewerbsfähigkeit* betonen - und vergessen die *Nachhaltigkeit*; andere betonen den *sozialen Zusammenhalt* - und lassen die *Strukturreformen* außer Acht.

Wir müssen damit aufhören, nach dem Gießkannen-Prinzip vorzugehen. Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz und müssen die vollständige Agenda einbeziehen. Wirtschaftsreform ist kein Feind von sozialer Solidarität, sondern vielmehr deren Grundlage.

Als einen Teil der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen möchte ich eigens den Beschluss hervorheben, dass ein wesentlicher Teil der Mittel für die Finanzierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach 2006 in Investitionen in Humankapital und lebenslanges Lernen gelenkt wird.

Ich meine, wir sollten in Bezug auf die nächste Finanzielle Vorausschau die Ziele für unsere Ausgabentätigkeit bewerten und auch, ob die eingesetzten Instrumente angemessen sind. Eine höhere Produktivität und ein stärkeres Wachstum sind zwar ein alles überragendes Ziel, aber es spricht vieles dafür, dass wir unsere Mittel auf eine stärker wachstumsfördernde Art ausgeben.

### **JUSTIZ UND INNERE ANGELEGENHEITEN**

Ganz allgemein unterstützt das Europäische Parlament die Schaffung einer Europäischen Grenzagentur, die dem Grundsatz der Solidarität zwischen Mitgliedstaaten entspricht und einen eindeutigen gemeinschaftlichen Zugewinn in einem Raum erbringen kann, in dem es keine Binnengrenzen mehr gibt.

Ich begrüße insbesondere die in der Zeit seit meiner letzten diesbezüglichen Erklärung erzielten echten Fortschritte durch den Fachrat bei einzelnen Legislativvorschlägen. Praktische und greifbare Ergebnisse sind das, was die Bürger erwarten, insbesondere in einem Bereich von unmittelbarer und direkter Bedeutung für sie, wie Vorschriften über Asyl, Rückkehr und illegale Einwanderung.

Es bleibt noch vieles zu tun und ich möchte Sie insbesondere an Ihre eigene Verpflichtung erinnern, sich vor Ende dieses Jahres auf Mindestnormen im Bereich Asyl und Flüchtlingsstatus zu verständigen. Diese Fristen sind für die Bürger wichtig und dies kann nicht weggeredet werden.

### **Dialog zwischen den Religionen**

Am 25. September habe ich neben Präsident Schieder von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine Erklärung zur Charta der Europäischen Parteien für eine nicht rassistische Gesellschaft unterzeichnet, in der unsere gemeinsame Verpflichtung zur und die Rolle der politischen Parteien bei der Bekämpfung der Diskriminierung bekräftigt wird. Wir haben ein gemeinsames Ziel der Schaffung eines Europas der Werte bekräftigt, in dem es keine Form der Intoleranz und Verfolgung, auch nicht aus Gründen der Rasse, Hautfarbe, ethnischen Zugehörigkeit oder Staatsangehörigkeit, mehr gibt.

Ich teile zutiefst die Empfindungen in den Schlussfolgerungen und schließe mich der Verurteilung sämtlicher antisemitischen Verhaltensweisen, insbesondere der Gewalt gegen einzelne Personen oder von Angriffen auf Kirchen und Gotteshäuser, an.

Im Europäischen Parlament messen wir den konstruktiven Initiativen des italienischen Ratsvorsitzes zur Förderung des Dialogs zwischen den Religionen als Instrument zur Stärkung von Frieden, Toleranz und sozialem Zusammenhalt große Bedeutung bei.

### **ERWEITERUNG**

Wie Sie blickt das Europäische Parlament erwartungsvoll dem Beitritt der zehn neuen Mitglieder am 1. Mai 2004 als krönende Leistung unserer Generation entgegen.

Das Parlament hat die Monitoring-Berichte der Kommission vom 5. November 2003 aufmerksam zur Kenntnis genommen und fordert die neuen Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre feste Entschlossenheit zur Überwindung der noch bestehenden Schwierigkeiten, die herausgestellt wurden, zu zeigen und ihren Teil zu unserem gegenseitigen Vertrag der Erwartungen beizutragen und dafür zu sorgen, dass der Beitritt reibungslos und wie geplant vonstatten gehen kann.

#### **Bulgarien und Rumänien**

Die Monitoring-Berichte der Kommission bestätigen die unterschiedlichen Fortschritte Bulgariens und Rumäniens in ihren Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft. Das gemeinsame Ziel des Beitritts im Jahre 2007 ist realistisch, und wir sollten in unserem Engagement und unserer Entschlossenheit zur Unterstützung nicht nachlassen. Ebenso wenig sollten wir vom Grundsatz des "eigenen Verdienstes" abweichen: ein Bewerberland hat das Recht, an seinen eigenen Verdiensten unbeschadet externer politischer Erwägungen gemessen zu werden. Ebenso erfordert unser Engagement eine uneingeschränkte Gegenseitigkeit der Anstrengungen auf Seiten der Bewerber: wir erwarten eine uneingeschränkte Umsetzung dessen, was zugesagt wurde. Es ist kein Geheimnis, dass bestimmte Bereiche, vor allem administrative und justitielle Kapazität, nach wie vor besonderer Bemühungen und Aufmerksamkeit bedürfen.

#### **Türkei**

Die Fortschritte, die von der Türkei im vergangenen Jahr unter der Führung von Ministerpräsident Erdogan erzielt wurden, übersteigen sicherlich die Bemühungen früherer Regierungen über vier Jahrzehnte hinweg. Wir anerkennen und begrüßen den enormen positiven Impuls der laufenden Legislativreform. Die Türkei ist der Erfüllung der Kopenhagen-Kriterien nähergekommen, und wir sollten dies anerkennen. Die Kommission hat die Lücken insbesondere im Bereich der Umsetzung aufgezeigt und darauf verwiesen, was noch zu tun bleibt.

Die Beilegung des Zypern-Konflikts ist keine Vorbedingung für die Türkei - nach dem Gipfel von Helsinki können keinen neuen Vorbedingungen auferlegt werden. Es ist jedoch unbestreitbar, dass das Klima unseres Engagements gegenüber der Türkei erheblich verbessert würde, wenn eine Lösung der Zypernfrage bis 1. Mai 2004 erreicht werden könnte.

Zypern

Ungeachtet des Wahlergebnisses in Nordzypern am Sonntag teilen wir die Hoffnung, dass die verbleibenden Möglichkeiten dem gesamten zyprischen Volk die Aussicht auf Beitritt zum Raum des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands, den die Europäische Union darstellt, eröffnen können. Wir sollten keine Mühen scheuen, um diesen Prozess zu unterstützen.

Westbalkan

Ich habe im Oktober 2002 den Westbalkan bereist, und was ich dort als neue und positive Stimmung im Einklang mit dem Europastreben aller Staaten gesehen habe, lässt mich sehr hoffen. Wir müssen die Bewegung in Richtung Europa ermutigen und fördern. Wir müssen die Staaten dazu anhalten, untereinander zusammenzuarbeiten, nicht nur in Wirtschaft und Handel, sondern auch in ihrem gemeinsamen Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Das neue Netz von kooperativen Verbindungen und Bemühungen um gemeinsame Ziele wird sich als wertvolle Vorbereitung auf die Mitgliedschaft erweisen. Wir müssen die Anstrengungen zum Beispiel von Kroatien und der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien unterstützen und Fortschritte anerkennen, wo sie erzielt wurden.

Vor allem müssen wir die strategischen Auswirkungen des von uns in Thessaloniki so gut aufgezeigten Weges bedenken und unser europäisches politisches Interesse einbringen, wenn wir die Planung für die nächsten Jahre und auch deren finanzielle und sonstigen Auswirkungen betrachten.

Es besteht durchaus Anlass zu Optimismus und zum Glauben an das Vermögen der Europäischen Union, einen Prozess "kreative Versöhnung" einzuleiten. Dies wird vielleicht am besten veranschaulicht durch die jüngsten Versöhnungsgesten: zunächst zwischen den Präsidenten von Serbien und Montenegro und Kroatien, und danach zwischen den Präsidenten von Serbien und Montenegro und Bosnien und Herzegowina. Wir sollten auch nicht so leicht vergessen, dass die europäische Perspektive durch das Entstehen eines populistischen Nationalismus zerstört werden kann. Die europäische Perspektive heißt für diese Länder nach Thessaloniki nicht mehr nur ehrgeizige Erklärungen, sondern vielmehr Aktionspläne und klares Benchmarking von Normen und Einhalten der Kriterien, die von der Europäischen Kommission mit den mittel- und osteuropäischen Ländern festgelegt wurden.

Partnerschaft Europa-Mittelmeer

Vergangene Woche habe ich die erste Parlamentarische Versammlung Euro-Med eröffnet. Dies ist ein wichtiger Schritt nach vorn für den Barcelona-Prozess, der meines Erachtens einen neuen demokratischen Impuls für eine echte, intensive und sektorübergreifende Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Mittelmeerraum geben wird.



Ich möchte Sie auf die aktive und positive Mitwirkung von Vertretern sowohl der Knesset als auch des palästinensischen Legislativrates aufmerksam machen. Es wird hoffentlich möglich sein, dass an der ersten Tagung der neuen Parlamentarischen Versammlung Euro-Med, die unter irischem Ratsvorsitz, allerdings im griechischen Parlament stattfinden wird, der Präsident des Rates und der Präsident der Kommission teilnehmen können.

## **AUSSENPOLITIK**

### Vereinigte Staaten

Ich begrüße nachdrücklich die Erklärung zu den transatlantischen Beziehungen und die hohe Priorität, die Sie unserer Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten eingeräumt haben. Dafür haben Sie unsere uneingeschränkte Unterstützung. Dem Parlament ist sehr an einem konstruktiven Dialog gelegen, der seine Stärke aus den gemeinsamen Werten schöpft, die die Beziehung stützen.

In diesem Zusammenhang möchte ich im Namen des Parlaments einen Punkt ansprechen. Ich möchte unsere besonderen Bedenken im Hinblick auf Guantánamo Bay zum Ausdruck bringen. Wir sind besorgt angesichts der Verletzung der Grundrechte von Bürgern der Europäischen Union. Aber unsere Besorgnis angesichts des Fehlens eines fairen Prozesses betrifft alle Häftlinge: es ist moralisch unhaltbar, diese Besorgnis nur auf unsere eigenen Bürger beschränkt zum Ausdruck zu bringen. Wir möchten einen fairen Prozess für alle Häftlinge.

Gerade in einer Phase, in der wir die transatlantischen Beziehungen vertiefen, sollte unsere offene Freundschaft offene Besorgnis nicht ausschließen. Wir sollten uns nicht davor scheuen, das Thema Guantánamo Bay auf die Tagesordnung des sechsten EU/US-Gipfeltreffens zu setzen.

### Russland

Es ist, so denke ich, genau an dem Tag, wo Russland stolz seinen Verfassungstag begeht, sehr angebracht, dass ich hier erkläre, dass es in unserem gemeinsamen Interesse liegt, dass Russland die höchsten demokratischen und konstitutionellen Normen beachtet.

Im Parlament machen wir uns große Sorgen über die jüngsten Wahlen, die nach Einschätzung der Beobachter des Europarates zwar frei, aber nicht fair waren, um die Medienfreiheit, die ungelöste Krise in Tschetschenien, Erklärungen von hochrangiger Seite, dass Russland das Kyoto-Protokoll eventuell nicht ratifiziert (mit den Auswirkungen für dieses internationale Übereinkommen, die uns allen bekannt sind). Diesbezüglich darf ich vielleicht vorschlagen, dass der Kommission ein Sofortmandat für die Folgemaßnahmen zur Mailänder Kyoto-Konferenz übertragen wird? Eine Beteiligung Russlands ist unerlässlich, wenn das Kyoto-Protokoll in Kraft treten soll.

Es stimmt, dass wir unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Sankt Petersburg-Erklärung vertiefen sollten. Partnerschaft bedeutet allerdings eine gewisse Gegenseitigkeit und Respekt für die Kernwerte unseres europäischen Aufbauwerks, einschließlich pluralistischer Demokratie und Achtung der Grundfreiheiten

Sicherheitsstrategie und Verteidigung

Ich zolle Ihnen Anerkennung für die Arbeit, die Sie heute im Bereich der Verteidigungspolitik leisten, und in der Tat auch für die im Rahmen der ESVP erfolgreich durchgeführten drei Krisenoperationen. Die Betonung auf der operationellen Unterstützung auf der Grundlage der Komplementarität und Subsidiarität wird sehr begrüßt.

Ich möchte ferner unterstreichen, welche Bedeutung wir der Annahme des vom Hohen Vertreter Solana vorgelegten Papiers als wesentlichem Schritt im Hinblick auf eine klare Prioritätensetzung in unseren außen- und sicherheitspolitischen Interessen und Zielen beimessen.

EU/Vereinte Nationen

Nach Auffassung des Europäischen Parlaments kann eine Sicherheitsstrategie nur auf der Grundlage des Multilateralismus und des Systems der Vereinten Nationen entwickelt werden. Wir werden den UNO-Generalsekretär Kofi Annan am 29. Januar 2004 willkommen heißen, wenn er im Namen der Vereinten Nationen den Sacharow-Preis entgegennehmen wird zum Gedenken an den Tod von UN-Personal in Ausübung seiner Pflicht. Dieser Tag wird auch Gelegenheit für das Parlament sein, eine Strategie zur Beschreibung seines Beitrags zur Stärkung eines effektiven Multilateralismus anzunehmen. Wir begrüßen nachdrücklich die bisher nie da gewesene gemeinsame Initiative EU/UN für eine Zusammenarbeit bei der Krisenbewältigung.

**REGIERUNGSKONFERENZ**

Am heutigen Nachmittag wird die Regierungskonferenz einberufen, und ich werde Gelegenheit zur Darlegung von Standpunkten haben. Die Regierungskonferenz ist keine Absegnungs-Veranstaltung: sie hat ihre eigene Integrität und es geht um für die Mitgliedstaaten wesentliche und wichtige Angelegenheiten. Ich möchte Sie bitten, dass Sie all diese Fragen in einem europäischen Geist erörtern, um einen wirksamen Kompromiss und nicht den niedrigsten gemeinsamen Nenner zu erzielen.

Ich möchte auch einen Wunsch äußern - bitte keine unerledigten Fragen! Lassen Sie uns dafür sorgen, dass nicht so viele rote Striche bleiben, dass sie das Schwarzgedruckte darunter überdecken.

Lassen Sie uns auf diese Weise eine gute Verfassung für Europa schaffen.

---

**ERKLÄRUNG VON PAT COX, PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS,  
VOR DER REGIERUNGSKONFERENZ,**

**12. DEZEMBER 2003, BRÜSSEL**

Zunächst möchte ich im Namen des Parlaments die Anstrengungen würdigen, die Sie, Herr Präsident, Herr Frattini und Ihre Kollegen im italienischen Ratsvorsitz unternommen haben, um uns bis zu diesem entscheidenden Punkt in der Regierungskonferenz zu bringen. In den von Ihnen in verschiedenen Phasen vorgelegten Kompromissvorschlägen haben Sie versucht, sich so eng wie möglich an den Ergebnissen des Konvents zu orientieren, die – darin sind wir uns alle einig – die Grundlage für die Arbeit der Regierungskonferenz bilden und die von allen unseren Regierungen, von Vertretern aller unserer Parlamente und vom Europäischen Parlament befürwortet wurden.

Die Ergebnisse unserer Arbeit werden die Ratifizierung in allen Mitgliedstaaten und Volksbefragungen in vielen unserer Länder erfordern. Um die Zustimmung der Öffentlichkeit zu diesem Vorhaben zu gewinnen, wird es erforderlich sein, die möglichen positiven Wirkungen der Verfassung nachdrücklich zu propagieren:

- Geschlossenheit in unserer Außenpolitik, wirksamere Beschlussfassung in unserer Rechtsetzungstätigkeit,
- abgestimmtes Vorgehen in Fragen der inneren Sicherheit, der Einwanderungs- und der Asylpolitik,
- Schutz unserer gemeinsamen Werte durch Einbeziehung der Charta der grundlegenden Menschenrechte in den Vertrag,
- Stärkung der parlamentarischen Dimension durch Zuweisung einer umfassenderen Rolle an die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament,
- demokratische Reformen aller unserer Organe und
- Neuausrichtung der Maßnahmen der Union und Konzentration auf Gebiete, wo die Zusammenarbeit Europas den Aktionen der Mitgliedstaaten einen Zugewinn bringt.

Ich möchte Sie als politische Führer auffordern, die positiven Aspekte des Verfassungsvertrags stärker hervorzuheben und empfundene Bedrohungen der nationalen Souveränität vielleicht etwas weniger zu betonen. Die roten Linien dürfen die schwarze Tinte nicht überdecken, auch wenn die Regierungskonferenz die Ergebnisse des Konvents nicht einfach nur abzusegnen hat. Nach unserem Dafürhalten wird es Ihnen gelingen, die Begeisterung der Öffentlichkeit neu zu entfachen, statt den Euroskeptikern noch stärker das Terrain zu überlassen

Der Vertrag wird sehr wertvoll sein, wenn er eine konstitutionelle Einigung herbeiführt. Ich habe vielleicht noch nicht die historische Weisheit von Präsident Giscard d'Estaing erworben und besitze ganz gewiss nicht sein Lebensalter – ich gehöre nicht zu den „Unsterblichen“. Deshalb werden Sie verstehen, wenn ich nicht der Meinung bin, dass dieser Vertrag nun auf jeden Fall unverändert 50 Jahre Bestand haben muss, wir sollten ihn aber zumindest nicht so gestalten, dass er sich selbst überholt. Das Problem unserer bisherigen Verträge ist, dass wir gezwungen waren, mit der Aushandlung des nächsten Vertrags zu beginnen, bevor wir die Ratifizierung des Vorgängers abgeschlossen hatten. Wir müssen auf jeden Fall vermeiden, dass wir in diesen Vertrag bereits den Aufgabenbereich für die nächste Regierungskonferenz einbauen.

Das Europäische Parlament ist daher der Auffassung, dass der Vertrag keine „Rendez-vous“-Klauseln mit Entscheidungen für ein Ja oder Nein enthalten darf, auch wenn wir akzeptiert haben, dass bestimmte Vorschriften erst nach mehreren Jahren in Kraft treten und durch entsprechende Kontrollen und Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden sollen. Die Geschichte lehrt uns, dass die unerledigten Punkte von Maastricht in Amsterdam eigentlich nicht geregelt wurden, dass in Amsterdam nicht gelöste Probleme in Nizza auch nicht ganz erledigt wurden, und dass ein Europa der 25, oder bald noch mehr, einen Verfassungsrahmen braucht, der eine vernünftige Zeit lang hält, sodass wir uns den für unsere Wähler wirklich wichtigen Anliegen zuwenden können – Arbeitsplätze, Sicherheit und nachhaltiges Wachstum. Vor allem wären wir in der Lage, diese Phase der ständigen Verfassungsumgestaltung und Flickschusterei abzuschließen.

Sie haben mich aufgefordert, an Ihrer Arbeit teilzuhaben und den parlamentarischen Standpunkt in Ihre Verfahren einzubringen. Wenn Sie mir gestatten, möchte ich detaillierte Anmerkungen zu konkreten Themen, bei denen das Parlament einen Beitrag zu leisten hat, für den Zeitpunkt aufheben, in dem Sie zu diesen Tagesordnungspunkten gelangt sind. Für das Parlament selbst geht es hier um die eigene institutionelle Situation; es hat aber noch eine umfassendere Aufgabe: Sie in speziellen Punkten, die das allgemeine europäische Interesse betreffen, zu beraten – und nicht mehr.

Sie werden sicherlich schwierige Diskussionen zu führen haben sowohl über die Bereiche, für die die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit gelten soll, als auch über die Art und Weise, wie diese Beschlussfassung organisiert werden soll. Das Gesamturteil des Parlaments wird anhand dieser sehr einfachen Frage gefällt: Wird diese Lösung die Handlungsfähigkeit der Union stärken oder schwächen? Wir wissen, dass es in diesem Stadium der europäischen Integration nicht möglich ist, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in allen Fällen anzuwenden, und eben das haben wir auch hingenommen, als wir das Ergebnis des Konvents billigten.

Weitere wesentliche Einschränkungen der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit oder ein leichter Weg zur Blockierung von Entscheidungen in der Europäischen Union könnten die öffentliche Meinung in den Mitgliedstaaten vielleicht an der Oberfläche kurzfristig beschwichtigen; längerfristig besteht aber die Gefahr, dass unsere Handlungsfähigkeit gedrosselt wird, und dann würde die Ernüchterung in der Öffentlichkeit über die Relevanz Europas und seine Fähigkeit, die eigentlichen Probleme unserer Bürger in Angriff zu nehmen, noch größer.

Ich muss hier feststellen, dass bestimmte Kompromissvorschläge des italienischen Ratsvorsitzes, besonders diejenigen, die eine Aussetzung von Verfahren durch Verweisung an den Europäischen Rat, und zwar in den Bereichen des Zivil- und des Strafrechts, mit sich bringen, eine Beeinträchtigung dessen verursachen würden, was in der Rechtsetzung das herkömmliche institutionelle Gleichgewicht sein sollte.

In einem Punkt bestehen konkrete Sorgen auf Seiten des Parlaments: bei den Bestimmungen über die Finanzierung der Union und ihr Haushaltsverfahren. Das Parlament unterstützt das ausgewogene Ergebnis des Konvents: Die Mitgliedstaaten verständigen sich über die Eigenmittel, der Rat beschließt mit Zustimmung des Parlaments die mehrjährige finanzielle Vorausschau, und das Haushaltsverfahren wird vereinfacht.

Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister und bestimmte nationale Delegationen haben hier andere Vorstellungen. Einige dieser Vorschläge würden die parlamentarische Kontrolle des Haushalts untergraben, nicht nur im Vergleich zum Ergebnis des Konvents von 2003, sondern auch im Vergleich zum Haushaltsvertrag von 1975. Sie beruhen unserer Ansicht nach auf einer Fehleinschätzung. Seit unserer Interinstitutionellen Vereinbarung von 1988 über den mehrjährigen Finanzrahmen ist es unseren Organen jedes Jahr gelungen, sich über den Haushalt zu einigen.

Die Ausgaben des Haushalts haben in keinem Jahr die Eigenmittel ausgeschöpft.

Von den beiden Teilen der Haushaltsbehörde hat das Parlament im Zeitraum 1988 bis 2003 größere Zurückhaltung bei der Aufstockung der Ausgaben geübt als der Rat (insgesamt 21 Milliarden Euro bei Bereichen in der Zuständigkeit des Parlaments, 33 Milliarden Euro in Bereichen, für die der Rat zuständig ist), und wie wir in dieser Woche vom Präsidenten des Rechnungshofs gehört haben, ist das Hauptproblem beim Haushalt, dass jedes Jahr bis zu 15 Milliarden Euro nicht ausgegeben wurden, das heißt erheblich weniger als der von unseren Organen vereinbarte Gesamthaushaltsplan. Diese Nichtausschöpfung mag den Buchhaltern in unseren nationalen Finanzministerien gefallen, sie zeigt jedoch, dass wir unsere politischen Zielgrößen nicht erreichen, sei es in der Landwirtschaft, bei den Fonds oder bei unseren Ausgaben im externen Bereich.

Es deutet nichts darauf hin, dass die neuen Haushaltsvorschläge des Konvents zu einer haushaltspolitischen Verlagerung führen werden. Ganz im Gegenteil; die gemeinsame Verantwortung von Parlament und Rat für den gesamten Haushaltsplan und den gesamten mehrjährigen Finanzrahmen ist der Weg nach vorn. Die Alternative, bei der der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister tätig wird, ist ein Rückschritt. Sie steht in krassem Gegensatz zu dem Grundsatz, dass Ausgaben im Haushaltsplan zu stehen haben, zu dem gedanklichen Aufbau des Verfassungsvertrags insgesamt und zu unseren auf lange Sicht angelegten Anstrengungen für die Demokratisierung unserer Tätigkeit durch verstärkte parlamentarische Kontrolle. Ich möchte einige der in den jüngsten Vorschlägen enthaltenen Vorstellungen nicht ganz von der Hand weisen, ich muss Sie jedoch daran erinnern, dass es sich hier für das Parlament um eine wesentliche Angelegenheit handelt, weil Haushaltsbefugnisse, die Kontrolle über die Geldbörsen, den Kern der parlamentarischen Demokratie treffen, nicht nur in Europa, sondern auch in allen Mitgliedstaaten. Ich weise darauf hin, dass wir bei unserem Treffen in der vergangenen Woche mit nationalen Parlamentariern, die dem Konvent angehören, einmütig der Auffassung waren, dass die Rechte des Parlaments, insbesondere im Haushaltsverfahren, nicht angetastet werden dürfen.

Meine Hauptaufgabe besteht eindeutig darin, den Standpunkt des Parlaments zu vertreten und mich für seine politischen Vorrechte, aber auch für seine Effizienz einzusetzen. Dieses Parlament mit seiner großen Arbeitsbelastung durch die Rechtsetzung und seiner Verpflichtung zur Kontrolle des Haushalts und der Kommission muss auch ein handhabbares Organ sein. Seine Aufgaben lassen sich nur durch ein Parlament wahrnehmen, nicht durch einen Bürgerkongress. 736 Sitze, wie es in den Vorschlägen des Konvents und im Kompromissvorschlag Italiens heißt, das liegt ziemlich nahe an der Grenze dessen, was für ein funktionsfähiges Parlament organisatorisch zu bewältigen ist. Sie mögen durchaus der Ansicht sein, dass die Sitzverteilung überprüft werden muss, gerade mit Blick auf die Belange der kleinsten Mitgliedstaaten, und dass etwa den Anliegen weiterer Staaten Rechnung getragen werden muss, was ihre Vertretung in anderen Organen angeht, aber dabei darf man nicht den Grundsatz der degressiven Proportionalität fallen lassen und auch nicht die ohnehin schon hohe Zahl der Sitze noch größer machen. Hier geht es nicht lediglich um ein Plädoyer von Seiten des Parlaments: Damit das europapolitische Vorhaben funktioniert, müssen die europäischen Institutionen leistungsfähig sein. Die Sitze im Parlament sollte man nicht wie bunte Münzen in einem Spielcasino benutzen.

Im letzten Punktecatalog, den der Vorsitz gestern verteilt hat und bei dem derzeit kein klarer Kompromiss besteht, werden für die Mitgliedstaaten äußerst heikle Fragen aufgeworfen.

Es ist der größte Wunsch des Parlaments, dass Sie, wie es auch der Konvent versucht hat, bei der Prüfung dieser Probleme die Notwendigkeit erkennen, der Unterschiedlichkeit der Mitgliedstaaten, aber auch ihren grundsätzlichen Gemeinsamkeiten Rechnung zu tragen, damit das europäische Vorhaben gelingt. Die historischen Teilungen in Europa dürfen nicht durch neue Spaltungen in große und kleine Länder, in Nord und Süd, in Ost und West oder in neue und alte Länder ersetzt werden. Alle Mitgliedstaaten müssen sich gleichermaßen in diesem neuen europäischen Haus heimisch fühlen.

\*  
\*   \*

Manche Stimmen sagen nun, der Verfassungsvertrag sei nicht unbedingt notwendig oder es sei kein Rückschlag, sondern nur eine Vertagung, wenn wir an diesem Wochenende zu keinem Ergebnis gelangen. Ich bin in beiden Punkten anderer Meinung.

Nachdem wir in Laeken klare Notwendigkeiten erkannt und uns in Thessaloniki das Ziel selbst gesetzt haben, würden wir damit öffentlich unsere Unfähigkeit zur politischen Lösung bekennen, wenn wir heute unsere Bemühungen vertagen oder aufgeben würden, der Europäischen Union eine wirksame institutionelle Struktur zu verleihen, um den neuen Herausforderungen an das neue Europa im neuen Jahrhundert begegnen zu können. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union ist ohnehin schon ernüchert über das, was als Unstimmigkeit und Durcheinander empfunden wird, und unsere Partner in der übrigen Welt würden ihrer eigenen Schlüsse aus jedem Rückschritt ziehen.

Ich sehe keine Veranlassung zu der Annahme, dass einige der schwierigen Themen, mit denen wir befasst sind, plötzlich im neuen Jahr leichter werden sollten. Diese Probleme sind ja nicht neu und brauchen auch nicht weiter erörtert zu werden. Sie erfordern jetzt unsere gezielte Aufmerksamkeit, um Lösungen zu erzielen.

Ich verwahre mich gegen den fatalistischen Pessimismus jener, die sagen: „Besser keine Verfassung als eine schlechte Verfassung“. Wir alle wollen eine gute Verfassung – und wenn in unseren Diskussionen politischer Wille und echtes Geben und Nehmen da sind, dann können wir auch eine gute Verfassung erreichen.

---